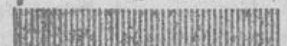


Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt



Druck und Verlag Dr. Rühle
Gesellschaft: Herford,
Reinholdstraße 29/31

und Land



Veranstalter Nr. 83 und 151
Postfach Nr. 5296
Scheidt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte, 10 Zeilen oder deren Raum für Stadt u. Landpreis Herford, sonst 25 Pfennig. Kleinanzeigen die Zeile 2.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 97.

Herford, Montag, den 26. April 1920

38. Jahrgang

Der Ledergrößhandel jetzt gegen die freie Wirtschaft.

Schnelle Meinungsänderung.

Wir lesen in der Rhein-Westf. Ztg. (Nr. 286) folgende höchst interessante Abhandlung:

Der Wirtschaftsrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den Vorgängen in der Lederindustrie. Wir hatten davon Mitteilung gemacht, daß von Seiten des Lederhandels eine Beeinflussung der Güterpreise durch Zurückziehen der Güterauktionen in Kassel und Mannheim versucht worden war, um dadurch eine Einschränkung der Preise zu hintertreiben. Im Inlande liegen bekanntlich die Preise für Häute und Leder über den Weltmarktpreisen. In Italien z. B. sind die Lederpreise nur halb so hoch wie in Deutschland, selbst wenn man den Währungsunterschied berücksichtigt. In der Folge war nun die Lederindustrie an das Reichswirtschaftsministerium herangetreten mit dem Antrag:

ausländisches Leder nicht nach Deutschland hereinzulassen, um die Lederindustrie zu schützen. Die Schuhindustrie ihrerseits hatte den Antrag gestellt, die

Ausfuhr von Schuhwerk aus Deutschland nach dem Ausland zu gestatten. Wenn beiden Anträgen Folge gegeben worden wäre, so würde das eine künstliche Beeinflussung der Preisbildung bedeuten. Wer, wie wir, in allen Fällen in denen es angängig ist, für die freie Wirtschaft und die freie Marktpreisbildung eingetreten ist, muß auch diese künstliche Beeinflussung der Preisbildung nach oben beurteilen. Die Schuh- und Lederindustrie haben bei der freien Wirtschaft erhebliche Konjunkturgewinne gemacht. In der Folge müssen sie es in den Kauf nehmen, wenn die freie Wirtschaft ihnen, wenn auch sehr erhebliche, Rückschläge der Preise mit sich bringt. Auch der in letzter Zeit durch den Schuhfabrikantenverband in der Presse verbreitete Hinweis, daß die Wirkung des Preisrückganges für Häute und Leder sich erst viele Monate später im Kleinverkauf geltend machen könne, dürfte kaum haltbar sein. Wenn man die Geschäftsberichte von Aktiengesellschaften der Schuh- und Lederindustrie ansieht, so findet man tatsächlich den Hinweis darauf, daß die durch erhöhte Kaufpreise bedingte vorteilhafte Verwertung von Lagerbeständen diese Gewinne gebracht haben. Wenn also billiger hergestellte Lagerbestände von steigenden Preisen profitieren, so ergibt sich daraus in einem natürlichen Gesetzkennzeichen, daß teuer hergestellte Lagerbestände ev. durch fallende Preise sich ergebende Verluste auf sich nehmen müssen. Schon lange hat sich der Händler daran gewöhnt, den Verkaufspreis nach dem jeweiligen Wiederkaufspreis zu bemessen. Man kann diese Regel nicht nur in der freien Wirtschaft, nicht nur bei steigenden Preisen anwenden, sondern muß sie auch bei fallenden Preisen gelten lassen.

Unter diesen Umständen ist es dankenswert zu begrüßen, daß sich der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium den beiden Anträgen der Lederindustrie und der Schuhindustrie gegenüber ablehnend verhalten hat und sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß kein Anlaß vorliegt, die Preise für Leder und Schuhwerk künstlich über den Weltmarktpreis zu halten. Demgemäß beschloß der Wirtschaftsrat einstimmig, die unbedingte Einfuhr von Schuhbedarf aus dem Ausland nach Deutschland dem legitimen Handel und der weiter verarbeitenden Industrie auf Antrag so lange zu gestatten, bis die Inlandspreise sich den niedrigen Weltmarktpreisen angepaßt haben. Der Wirtschaftsrat beschloß ferner, die Ausfuhr von Schuhwerk aus Deutschland weiter verboten zu halten.

Diese Mitteilungen der Rh.-Westf. Ztg. sind gerade in diesem Augenblick sehr bedeutsam. Sie zeigen, wie gefährlich unter Umständen die völlig freie Wirtschaft werden kann. Eigenartig berührt es, daß dieselben Interessenten, welche sich bis vor kurzem nicht genug rühmen konnten, dem Volke durch Aufhebung des Zwanges einen Dienst erwiesen zu haben, jetzt stürmisch wieder nach dem Zwang rufen. So kann die Wirtschaftspolitik bei uns aber nicht gemacht werden. Der wahre Wirtschaftspolitiker erwirkt seine Klugheit erst dadurch, daß er die Entwicklung voraussieht. In der Versammlung am Sonnabend hat gerade der Abgeordnete Rühle hierauf nachdrücklich hingewiesen. Wie Recht er damit gehabt hat, beweisen die obigen Nachrichten. Wer den Vorteil und Gewinn der freien Wirtschaft hingenommen hat, wie es bei der Lederindustrie und im Ledergrößhandel der Fall gewesen ist, muß auch die Verluste und Nachteile der freien Wirtschaft

in Kauf nehmen. Es kann nun und nimmer Aufgabe des Staates sein, seine starke Macht dazu herzugeben, hohe Gewinne zu gewährleisten. Etwas anderes beanspruchen Ledergrößhandel und Lederindustrie aber nicht, wenn sie jetzt beantragen, die Einfuhr von ausländischem Leder zu verbieten und die Ausfuhr von fertigen Schuhen zu gestatten. Das kann ein verantwortungsvoller Volkswirtschaftler, der seine Aufgabe darin erblickt, der Allgemeinheit zu dienen, nicht mitmachen. Und darum stellen wir uns vorbehaltlos auf den Boden der Entscheidungen des Reichswirtschaftsrates.

Politische Aussprache.

Aus einer Versammlung der Deutschen Volkspartei.

Wahlkampf! Und dieses Mal kein Kampf um eine noch so bedeutsame Einzelfrage, sondern um die ganze Zukunft unseres Volkes! Eine Entscheidung zwischen Entwicklung und Erschütterung, zwischen Klassenhaß und Klassenversöhnung, zwischen Wiederaufbau und Zerfall. Auf der einen Seite die Mächte der Vergangenheit, die das Rad der Geschichte wieder rückwärts drehen und verlorene Macht zurückgewinnen möchten. Auf der anderen Seite die geschichtslosen Stürmer und Dränger, die da meinen, nur aus Trümmern eine neue Welt in Wirklichkeit empotoben zu können. Und zwischen ihnen die vielen Tausende, die vorwärts wollen in ruhiger, organischer Entwicklung, erfüllt von einem aus unendlicher Liebe geborenen, grenzenlosen Glauben an ihr Volk. Zeiten der Hochspannung und Entladung.

Ein überfüllter Saal! Bei manchen Besuchern ein zitterndes Fragen nach dem, was in Deutschland werden soll, bei manchen nur Neugierde, bei anderen Lust am Kampf. In unendlich vielen aber der Wille, zu ringen für ihre Sache, für ihren Weg. Auf allen Erwartung...

Die Versammlung beginnt. Nach kurzen Worten der Eröffnung, in denen mitgeteilt wird, daß allen Parteien nach Möglichkeit Gelegenheit zur Aussprache gegeben werden soll, entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, die die Zeitung veranlaßt, unbeschränkte Redezeit zuzugestehen. Dann spricht Dr. Hugo. Auch hier verweist er, wie in Minden, in Bielefeld und an anderen Orten, den alten Faden weiter aufspinnen, die deutsche Volkspartei als den getreuen Elchard des deutschen Volkes und der deutschen Verfassung in den Tagen des Rapp-Bundes hinzustellen. Die Rede ist als Flugblatt schon vor Wochen verbreitet. Aber Zwischenrufe lassen es ihn bald rasch erscheinen, sich abdrängen zu lassen und zu einer Verteidigung der von ihm verfolgten Wirtschaftspolitik überzugehen, jedoch Gewerkschaftssekretär Dittmann mit Recht bemerken konnte, von dem Thema „Die Märzrevolte und ihre Folgen“ sei wenig die Rede gewesen.

Immer das gleiche Lied: „Schuld an den Märzereignissen sei die Regierung, die es nicht verstanden habe, sich ein verfassungstreues Heer zu schaffen“, eine Auffassung, die Herrn Dr. Hugo nicht hinderte, in Minden über die Entlassung eines Oberst Reinhardt zu jern, der den Reichspräsidenten einst einen ehrlosen Verbrecher nannte. „Die Regierung hätte den Kampf in Berlin aufnehmen müssen und nicht auf die Flucht gehen dürfen“. Daß nach Aussage der Heberzahl der militärischen Sachverständigen der Kampf aussichtslos gewesen wäre, stört Herrn Dr. Hugo nicht. „Die Regierung habe in unverantwortlicher Schlappheit die Reichswehr nicht sofort in das Industriegebiet einmarschieren lassen“. Daß alles darauf ankomme, die Vermunftsgründen zugänglichen Arbeiter vom Mob zu trennen, daß Großindustrielle und Oberbürgermeister vor einem zu frühen Einmarsch dringend gewarnt hätten, kann selbstverständlich auf einen dem Machtgedanken hingebenen Politiker keinen Eindruck machen. Auch die durch aus unrichtige Behauptung, die Demokraten hätten die Gewerkschaftsforderungen anerkannt, fehlte nicht.

Ueber manche seiner wirtschaftlichen Anschauungen wird man sich mit Herrn Dr. Hugo verständigen können. Nur übersteht der als „großer Volkswirtschaftler“ von seiner Partei angeführte Parlamentarier, daß bei dem in der ganzen Welt eingetretenen Rohstoffmangel die Frage der freien Wirtschaft nur von Fall zu Fall geprüft werden kann und schrankenlose Freiheit einfach ein Lindung ist. Daß beweist gerade die Lederindustrie, worüber an letzten der Stelle unseres Blattes heute zu lesen ist. Und dann die Ausführungen über Valuta und Lohn! Wir gestehen, daß wir den Redner hierbei überhaupt nicht verstanden haben.

Mit einigem Recht wies Gewerkschaftssekretär Dittmann darauf hin, daß der Mob, der im Industriegebiet so verbrecherisch haufte, zum allergrößten Teile aus Polen bestanden habe, die durch die Schwerindustrie erst in jene Gebiete hineingeholt seien, von jener Schwerindustrie, die der deutschen Volkspartei ja nicht allzu fern steht. Auch die Bemerkung des Führers der Unabhängigen, Fritz Schmidt, daß man nicht eher an eine Verabigung der Arbeiter denken könne, als bis den Schlemmereien und der Verschwendungsfucht der „neuen Reichen“ Einhalt geboten sei, verdient sehr ernsthaft überlegt zu werden. Die Oberflächlichkeit der oppositionellen Kritik wurde durch den Nachweis des Lokomotivführers Müller, daß die Unterbilanz der Eisenbahn im wesentlichen auf den Raubbau in den fünf Kriegsjahren zurückzuführen ist, in das rechte Licht gerückt.

Als letzter Diskussionsredner sprach Abgeordneter Rühle. Mit Ernst und Heberlegenheit wandte er sich gegen die Methode der von Herrn Dr. Hugo beliebten Betrachtungsweise politischer Erscheinungen und rechtefertigte in überzeugender Weise die Koalitionspolitik und die Haltung der deutschen demokratischen Partei, ohne es zu übersehen, auch die Grenze nach der Sozialdemokratie hin zu ziehen. Die Rede war der Höhepunkt des Abends. Mit ihr klang die Versammlung aus, da Herr Dr. Hugo stimmlich nicht in der Lage war, ein Schlusswort zu sprechen.

Der Anfang, ein Ruf zur Sammlung des Bürgerturns, dann die Aufforderung der Arbeiter, zum Zusammenschluß und das Ende: Die Aufforderung Anbels, ein Appell an alle Volksgenossen ohne Unterschied des Standes und der Klasse, zur Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes zusammenzukommen. Dürfen wir es als ein Vorzeichen für das Ergebnis der Wahlen nehmen. — — — ed. —

Die Rede des Abg. Rühle

lassen wir in den allernähesten und kürzesten Grundzügen hier folgen:

Ein Wort lassen Sie mich zunächst sagen gegen die Methode der hier beliebten Betrachtungsweise. Herr Dr. Hugo nimmt die Erscheinungen, wie sie sind. Aber ich habe es als Politiker so und habe alle Tage die Befähigung der Nichtigkeit meiner Auffassung erfahren, auch in allen Kommissionen der Landesversammlung die Beobachtung gemacht, daß heute und überhaupt nie politische Erscheinungen absolut genommen werden können, sondern nur in Zusammenhang gebracht werden dürfen mit dem, was hinter uns liegt. Es ist das Recht der Opposition zu machen und zu kontrollieren, daß die jeweilige Regierung in Übereinstimmung mit der Verfassung und dem parlamentarischen System ihre Tätigkeit ausübt. Aber die Kritik soll die Gerechtigkeit nicht vermissen lassen. Ist es denn wirklich so, daß nichts mehr ist, worüber ich mich freuen kann, worüber ich stolz befehlen darf, daß ich ein Deutscher bin. Ist nicht der Anfang gemacht zum Wiederaufbau, Gesetzmäßigkeit und Autorität wieder angebahnt? Wir haben angefangen wieder aufzubauen und es ist nicht zutreffend, was die Herren von der Rechten mit ihrer Verneinung gesagt haben. Selbst ist es auch, wenn die Herren von der Linken alles Heil erwarten nur durch die Arbeiterherrschaft, wenn eine reine Arbeiterherrschaft ausgerichtet wird. Deutschlands Rettung ist nur möglich in treuer Gemeinschaft, auch nicht des Bürgerturns allein, sondern aller Volksschichten und Volksklassen.

Man kann und darf der Gerechtigkeit halber die Regierung nicht angreifen auf der Basis der Schwäche, der Feigheit und der Unfähigkeit. Ich weiß nicht, ob die Parlamentarier der deutschen Volkspartei anders zu handeln in der Lage gewesen wären wie wir. Ich hätte von Herrn Dr. Hugo eine historische Betrachtungsweise erwartet, die auch unserer Auffassungsweise gerecht wird. Wenn man die Taten der Koalition, die nach meinem Wunsch aus den Wahlen wieder hervorgehen möchte, unbefangen unterucht, so ergibt sich zuverlässig eine Tatsache, daß wir Deutschland gerettet haben von der Rätediktatur und dem Bolschewismus, vor dem es bereits 1918 stand, und daß wir Deutschlands Einheit gesichert haben. Ich bin so klug eingesehen, daß es ein Unglück ist, wenn die Arbeiter allein regieren. Alles Heil liegt nur in der Zusammenarbeit vernünftiger, politisch-fortschrittlicher Elemente. Was heißt es denn, eine Koalition zu bilden. Wenn sich drei verbinden, so muß jeder etwas aufgeben. In der Mitwirkung der Demokraten sehe ich keinen Nachteil für das Bürgerturn und ist es nicht interessant zu wissen, daß Herr Dr. Stresemann sich am letzten Sonntag der Sozialdemokratie regelrecht angeboten hat. Wenn etwas erreicht werden sollte, dann gab in diesen Zeiten der Aufregung und des Übergangs keiner anderen Weg, als viel Liebe, viel Schonung und viel Rücksicht mit der aufgeregten Masse. Es

Seine Meinung.

Summende von 21015 31111

„Für die einm. Stimm. in den Wahlen“

„Stimm. der Wähler“

„Stimm. der Wähler“

ging nicht einfach so zu wirtschaften, wie es von der Opposition 3. B. auch in der Landesversammlung gefordert ist: Schleunigst hinwegzumarschieren über die Ruhr und die Maschinengewehre loszulassen. Kein Mann, das sage ich als Demokrat, hat sich in diesen Tagen der Ruhrkonflikte ein solches Verdienst erworben wie der Mehrheitssozialist Sebring. Es kam darauf an, die gestützte Arbeiterschaft von den Räuber- und Mörderverbänden abzugreifen. Darum waren die Abkommen von Bielefeld und Münster eine folgerichtige Auswertung der Notlage. Wir wären hier nicht in diesem Saale, wenn diese kluge Politik nicht zu einem Erfolge geführt hätte. Der Impuls hat auch mir gesagt, es geht nicht anders als mit Gewalt. Aber wenn ich vor der Frage stand, kannst du nicht noch mehr die Schar der Vernünftigen stärken, dann konnte ich die Verantwortung für allzu schnelles Vorgehen nicht übernehmen. Eins kann ich als Demokrat allerdings auch nicht verschweigen was im Ruhrrevier jetzt geschieht zur Herstellung der Ordnung, das muß geschehen. Aber ich habe den lebhaften Wunsch, daß das den Verbrechen von rechts gegenüber ebenfalls geschieht. Kollege Hugo vermißt, daß die Regierung führt, aber er vergißt, daß heute noch auf allen Gebieten die größten Schwierigkeiten zu überwinden sind. Besonders tief hat mich der Vorwurf der Feigheit gegen die Regierung getroffen. Koch, Ebert, Schiffer, Bauer haben lange und gewissenhaft beraten, ob sie Berlin verlassen sollten. Aber weder General Reinhardt noch der Polizeipräsident Ernst konnten eine Gewähr für die Zuverlässigkeit und ausreichende Stärke der Berliner Truppen übernehmen. Es standen 8000 Rebellengarden gegen 2000 Treue. Wäre die Regierung in Berlin in Schutzhaft genommen, dann hätte das den Zerfall Deutschlands bedeutet. Das große Verdienst der Regierung ist, daß der Abwehrkampf gegen den Rapp-Büsch schnell organisiert worden ist. Und nachdem das von Bauer und Koch in Dresden und Stuttgart geschehen war, da waren die Tage der Rapp-Büsch endlich gezählt. Der endgültige Rücktritt Lüttwipsens ist übrigens nicht das Verdienst von Stresemann, sondern die Folge der Einwirkung zweier Generale, Reinhardt und von der Byghe, zuzuschreiben, nachdem ein dritter Offizier — (Zwischenruf: Ludendorff) ich wollte es nicht sagen — gesagt hatte: „Die Würfel sind gefallen, jetzt heißt es durchhalten“.

Die allgemeine Arbeitsruhe war eine Notwendigkeit, obwohl ich mit der Konsequenz voll bewußt bin. Eine solche Notstandsmaßnahme ist nichts außergewöhnliches. Ein Generalstreik des Bürgertums zur Abwehr des Bolschewismus war früher schon einmal, im Sommer 1919, geplant. Die Beamtenstreiks in Oberschlesien gegen den Lebermut der Feinde werden wohl ebenfalls die Billigung auch der Rechtsparteien haben. Aber der Streik ist nur eine Notstandsmaßnahme, eine gefestigte Demokratie, ein gefestigtes Staatswesen, das wir noch nicht besitzen, muß unter allen Umständen auf diese Waffe verzichten. Ueber wirtschaftliche Fragen werden wir uns mit Dr. Hugo in manchem verständigen können. Aber es geht auch heute noch nicht, grundsätzlich zu sagen, wir sind für freie Wirtschaft. Es muß eine gewisse Bindung auch in der Fabrikation eintreten. Wenn wir in Sachlichkeit und in gerechter Würdigung des Erreichten diese Frage überdenken, werden wir am ersten der Zukunft den Weg bereiten.

San Remo.

Geringe Zugeständnisse.

dd. Berlin, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Post-Zeitung meldet aus San Remo: In einer am Sonnabend vor-mittag abgehaltenen privaten Unterredung zwischen Lloyd George und Millerand wurden nach dreitägiger Beratung folgende Richtlinien vereinbart: 1) Die Verbündeten werden mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Entwaffnung Deutschlands entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles dringen. 2) Das Ersuchen Deutschlands um Erhöhung seines Heeresbesatzes auf 200 000 Mann wird ebenso wie die von Deutschland geforderte schwere Artillerie und Flugpark abgelehnt.

Zwischen Himmel und Erde.

Erzählung von Otto Ludwig.

Ihr ist's, als müßte jene wiederkehren und dieser gehen, wenn sie sich nur recht angestrengt mühte, dieses-Rehren und Gehen zu bemerken. Und dabei kann sie doch noch daran denken, wie plötzlich das gekommen ist, was sie so sehr bedrängte. Wie das Menschen auf einmal im Bette neben ihm wie mit fremder Stimme auf-geschrien, dann nicht eher hat sprechen können; wie sie auf-gesprungen und sich angelassen; wie sie in der Angst den Valentin, und dieser, ohne ihr Wissen, den Apollonius gewinkt. Daß der alte Gesell alle Schlüssel im Hause probiert, bis sich ergab, der Schuppenhäutchen schloß die Hintertür; das wußte sie nicht. Desto lebendiger stand's vor ihr, wie Apollonius heringekommen, wie ihr bei seinem unerwarteten Kommen gewesen, wie sie voll Schreck und Scham und doch voll wunderbarer Beruhigung sich gefühlt. Apollonius hatte sogleich den Arzt und sodann Arzneien geholt. Er hatte an dem Bettchen gestanden und sich über das Knechtchen gebeugt, wie jetzt sie tat. Er hatte sie voll Schmerz angesehen und gesagt, Knechtchen's Krankheit komme von dem eheleichen Zerwürf-nis, und es werde nicht gesund, höre dies nicht auf. Er hat von den Wundern erzählt, die einer Mutter möglich wären, und wie sich der Mensch bezingen könne und müsse. Dann hatte er dem Valentin noch manches des Knechtchens wegen anbefohlen; und war gegangen aus Sorge, der Weiber könnte sich in seinem Jernwahn glauben, er wolle ihn auch von dem Krankenbett seiner Kinder vertreiben. Der Kammer, die Angst wollte sie in Apollonius' Arme fassen; es war ihr, als wär' alles gut, läge sie an seiner Brust; als dürfte sie ihn nicht wieder von sich lassen. Aber wie er so zu Häupten des Kindes stand und sprach, da kam er ihr so herrlich vor, wie ein Heiliger, vor dem sie nur auf den Knien liegen dürfe. Der Bettstirn hüllte die große, schlanke Gestalt in seinen Schatten, nur seine Stirn und seine hohe Scheitel waren sichtbar und erschienen, von dem Lichte auf dem Tische angestrahlt, wie in einer Glorie. Daß sie von ihm weg zu ihrem Gatten, so krampte eisiger Frost ihr Herz zusammen, und Widerwillen baumte sich darin wie ein Kiesel gegen den bloßen Gedanken auf. Aber Apollonius hatte gesagt, Knechtchen werde nicht wieder gesund,

3) Deutschland erhält die Ermächtigung zu einer Verstärkung seiner Polizeitruppen. Die Entente behält sich jedoch das Recht einer beständigen Kontrolle über die Tätigkeit u. die Bestandteile der Polizeitruppe vor. 4) Deutschland erhält Vorschläge in Gestalt von Geld und Rohstoffen, um seine Industrie in Gang zu setzen und seine petuniären Verpflichtungen einlösen zu können. Die Konferenz von San Remo wird endgültig am 28. April auf-gehoben und die Besprechungen werden vor dem 10. Mai in Paris wieder aufgenommen werden.

Nach einer Neuermüdung aus San Remo wird nach den Vereinbarungen zwischen den beiden Ministern der Gedanke einer Befreiung des rechten Rheinufer und des Ruhrgebiets durch Frank-reich auf militärische Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland und räumt Frankreich und das übrige rechtsrheinische Befrei-Ge-biet.

Sind die Zugeständnisse der Verbündeten Deutschland gegen-über auch nur recht färglich, so bedeuten sie doch immerhin schon einen Hoffnungsstimm. Der unversöhnliche Millerand ist mit seinen Forderungen nicht restlos durchgedrungen. England und Italien haben die Befreiung des rechten Rheinufer und des Ruhr-gebiets verworfen, und die künftigen französischen Machthaber müssen nun nach einem andern Ablenkungsmanöver Ausschau hal-ten, um ihr Volk über die wirtlichen Zustände im eigenen Lande hinwegzutäuschen.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Postgesetze angenommen.

Die Nationalversammlung nahm in ihrer Sonnabend-sitzung den Gesetzentwurf betr. den Staatsvertrag über den Übergang der Staatsbahnen auf das Reich in 2. Lesung an. In zweiter und dritter Lesung werden die Gesetzentwürfe über die Aufhebung der Gebührensfreiheit im Post- und Telegraphenverkehr und über die Aufhebung des bahnrechtlichen und württembergischen Postregals angenommen. Bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes be-ziehend Telegraphen- und Fernsprechnetze, betr. Postgebühren und betr. das Postwesen des Deutschen Reiches bemängelt Abg. Fischer-Berlin (Soz.) eine Reihe von Tariffragen, durch welche besonders das Zeitungsgewerbe auf das schwerste belastet wird. Abg. Trimborn (Z.) beantragte, die Zeitungsgebühren erst vom 1. Oktober in Kraft treten zu lassen. Reichspostminister Giesberts erwidert darauf, er habe jetzt nur das Defizit herauszuholen; für die Lage der Presse habe er volles Verständnis. Mit dem Antrage Trimborn erklärt sich der Minister einver-standen. Schwere Bedenken gegen die neuen Gebühren machen ferner die Vertreter der Demokraten, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und Unabhängigen geltend.

Abg. Jrl (Bayr. Vp.) wendet sich gegen die Telephon-gebührenerhöhung im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden. Der Antrag auf Streichung der sogenannten Zwangsanschlüsse wird abgelehnt mit einer geringen Mehrheit bei schwach besetztem Hause, ebenso in der folgenden vorgenommenen dritten Lesung. Ange-nommen wird ein Antrag Anstalt, der den periodisch erscheinenden Zeitungen eine Vergünstigung bringt, ebenso der Antrag Trimborn, der die Zeitungsgebührenerhöhung bis zum 1. Oktober hinauschiebt. Sodann werden die Postgesetze in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Preussische Landesversammlung.

Das Haus setzte die 2. Beratung des Gesetzentwurfes über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin fort. Bei der 3. Beratung wird ein deutschnationaler Antrag auf Einführung der Gesamtgemeinde mit 118 gegen 101 Stimmen abgelehnt. Es bleibt also bei der Ein-heitsgemeinde. Auf schriftlichen Antrag der Rechten wird die Gesamtstimmung unter großer Erregung der Linken bis Dienstag hinausgeschoben. Der Gesetzentwurf über Feuerungszuschlag zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte u. dgl. und zu den Gerichts-kosten geht an einen Ausschuss.

Deutsches Reich.

dd. Berlin, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der Sozialanzeiger hört, soll der frühere Reichskanzler Bauer vom 1. Mai ab die Leitung des Reichsverkehrsministeriums anstelle von Dr. Well übernehmen.

dd. Duisburg, 26. April. (Drahtmeldung.) Die Tarif-verhandlungen des Transportarbeiterverbandes, Abteilung Win-schiffahrt, mit den Arbeitgeber sind gescheitert. Der Schieds-spruch des Reichskommissars ist vom Personal abgelehnt. Das

wenn das Zerwürf-nis nicht ende. Er hatte gesagt, der Mensch könne und müsse sich bezingen; sie wollte bezingen, weil er's gesagt. Einer Mutter wären Wunder möglich für ihr Kind; dachte sie an Apollonius' Gesicht, wie er so sprach, mußte ihr das größte Wunder möglich werden.

Frei Kettenmaier trat herein. Er dachte an nichts, als daß Apollonius dagesessen sein müßte, war er auch jetzt nicht mehr da. Es flüchte ihm vor den Augen vor Wut. Er wäre auf die Frau losgegriffen, sah er nicht den alten Valentin an der Kammerbüh-re. Er wollte warten, bis dieser einmal das Zimmer verließ, und schlich sich nach dem Stuhle am Fenster, wo er sonst immer gesessen, und als wie ein anderer, denn jetzt! Die Frau hörte seinen leisen Schritt, sein Antlitz konnte sie nicht sehen. Ihr schien, er wachte um Knechtchens Zustand und ging deshalb so leise. Sie sah Knechtchen mit einem Blicke an, der sagte, was sie jetzt tun wollte, tat sie nur um ihr krankes Kind; ein Blick nach der Tür, aus der er gegangen war, sagte hinzu: und weil er's gesagt. „Da ist der Vater, Knechtchen“, sagte sie dann; sie redete eigentlich mit dem Gatten, der am Fenster saß; aber sie konnte ihm ihr Gesicht nicht zuwenden, ihre Rede nicht unmittelbar an ihn richten. „Du hast immer nach ihm gefragt. Du hast gemeint, wenn er kommt, wird er sein, wie er sonst war, eh' du krank geworden bist. Deine Mutter will's auch — um deinetwillen.“ Ihre Stimme klang so tief aus der Brust heraus, daß der Mann seinen Groll mit Ge-walt festhalten mußte. Er dachte: „Sie tut so süß, um dich zu hintergehen. Sie haben's verabredet, als er da war.“ Und der Groll schwoh nur noch grimmiger an den weichen Klängen, mit denen sie fortfuhr: „Und du gehst noch nicht in den Himmel. Nicht, Knechtchen? Du bist ja so ein gut' Lieb' Kind und bleibst noch bei Vater und Mutter. Wenn mir — du hast kein Herz vor dem Vater, du dumm' Lieb' Knechtchen, weil er laut spricht. Er meint's nicht böß deshalb.“ Sie hielt inne; sie erwartete die Antwort von dem Vater, nicht von dem Kinde. Sie hielt inne, sie er-wartete, er werde an das Bett treten und zu dem Kinde sprechen, sprechen, wie sie, und durch das Kind mit ihr. Wie sie von ihm denken mochte, das Kind war doch kein Kind, und es war krank. Der Mann schweig und blieb ruhig auf seinem Stuhle sitzen. Ein halb Vatermüder lang hörte man nichts als das Ticken der Uhr. Und das wurde immer schneller, wie das Klopfen eines Menschen-herzens, das Schlimmes kommen ahnt. Die Flamme des Lichtes zuckte wie vor Furcht. Valentin stand auf von seinem Stuhle, um das Licht zu putzen. Die Brust des Kindes röchelte; es wollte

Personal des Rhein-Weser-Kanals, des Dortmund-Ems-Kanals, und des Rhein-Berne-Kanals ist in den Streit getreten.

dd. Paris, 26. April. (Drahtmeldung.) Der Matin berichtet aus Diederhofen, alle Fabriken mit Ausnahme einer einzigen, gegen die sich Kundgebungen richteten, seien stillgelegt. An ver-schiedenen Orten seien die Soldaten von Ausländern angegriffen worden. Man habe diesen die Gewehre abgenommen und sie ver-nichtet. In Diederhofen selbst haben die Ausländer mit einer roten Fahne die Stadt durchzogen und revolutionäre Lieder ge-sungen.

Demokratische Anfragen für Wehrmannsfrauen.

In der Nationalversammlung sind von demokratischen Abge-ordneten kleine Anfragen zugunsten von Wehrmannsfrauen und Kriegswitwen gestellt worden. Frau Dr. Baum fragt:

Von einem deutschen Wehrmann, der vor dem Kriege in der Schweiz lebte, aber die Erlaubnis zur Rückkehr bisher noch nicht erhalten hat, erfahren wir folgendes:

„Anlässlich der Prüfung seines zur Einreisegenehmigung ein-gereichten Gesuchs sind an seine Ehefrau von der Fremdenpolizei in Zürich folgende Fragen gestellt worden: 1. Wollen Sie Ihren Mann noch? 2. Hat Ihr Mann seine Pflicht erfüllt? 3. War er Ernährer Ihrer Kinder? 4. Sind Sie immer gut ausgekommen? 5. Haben Sie nie in Streit gelebt? 6. Lieben Sie Ihren Mann noch? Als die Frau ihre Entrüstung äußerte wurde ihr erwidert, sie solle sich nicht aufregen, da noch mehrere solcher Fälle zu er-ledigen seien.“

Nach ausgedehnten Mitteilungen scheint es, daß Wehr-mannsfrauen, die aus der Schweiz gebürtig sind, diese Fragen zu beantworten haben. Ist der Reichsregierung dieses Vorgehen der Schweizer Polizei bekannt? Was bedeutet sie gegen diesen un-ausführbaren Eingriff in die persönlichen Verhältnisse deutscher Staatsbürger zu tun?

Abg. Dr. Böhmer hat folgende Anfrage eingebracht: „Eine Kriegswitwe mit zwei Kindern legt mir eine Nachricht des Ver-forgungsamts Leipzig — Hinterbliebenenabteilung — vor, deren Wortlaut folgt:

„Das Versorgungsamt bedauert, die Ihnen ab 1. Februar 1919 gewährte laufende widerrufliche Unterstützung von monatlich 22 Mark nur noch bis März 1920 bewilligen zu können, weil über diesen Zeitpunkt hinaus hier nur ganz geringe Mittel zur Ver-fügung stehen.“

Ein Rechtsanspruch auf Unterstützung besteht nicht.“

Sind die Verhältnisse der Reichsregierung bekannt und in welcher Weise gedenkt sie den Ansprüchen der Witwen und Kinder von Kriegsteilnehmern eine rechtliche Basis für deren Ansprüche gegen die Allgemeinheit zu schaffen.

Das Gesetz über die Grundschule.

Der Auschuß der Nationalversammlung zur Vorbereitung des Gesetzes über die Grundschule hat seine Arbeiten abgeschlossen. Das Gesetz erfüllt die von der Verfassung aufgestellten Grundfor-derungen für den Aufbau des Schulwesens und ist in sofern ein dringendes Gesetz, daß von der Nationalversammlung vor den Neuwahlen unbedingt noch erledigt werden mußte, wenn anders nicht die Länder und Gemeinden vollkommen im Dunkeln tasten sollten. Die Vorschriften des Gesetzes sind zum Teil aufbauender zum anderen Teil abbauender Natur. In seinen aufbauenden Be-stimmungen macht das Gesetz die Volksschule in den 4 untersten Jahrgängen zu der für alle gemeinsamen Grundschule, auf der sich auch das mittlere und höhere Schulwesen aufbaut. Die Be-messung der Grundschule erfolgt auf eine vierjährige Frist. Weitergehende Anträge, die Grundschule auf 6 oder gar 8 Jahre zu bemessen, wurden abgelehnt, da das einen zu frühen Eingriff in die Entwicklung bedeuten würde. Wenn die Volksschule in ihren 4 untersten Klassen als allgemeine Grundschule auch für das höhere und mittlere Schulwesen eingerichtet wird, so ist natur-gemäß kein Raum mehr für Schulgebäude, welche diese Vorbereitung als Sonderzweck betreiben. Das Gesetz baut deshalb die öffent-lichen und privaten Vorschulen ab, nimmt aber dabei die ge-bührende Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der von diesem Ab-bau Betroffenen. Mit dem sozialen Endziel des Gesetzes wurde es sich nicht vertragen, wenn man neben der Grundschule als Ersatz für die unbeschränkten Privatunterricht für einzelne Kinder oder für die Kinder mehrerer Familien zulassen wollte. Das Gesetz arbeitet deshalb den Privatunterricht als Ersatz für den Unter-richt der Volksschule und läßt ihn nur für besonders dringende Ausnahmefälle zu.

Das Gesetz ist die erste Auswertung der in der Verfassung fest-gelegten schulpflichtigen Grundzüge. Es bringt uns der Einheits-schule ein gut Stück näher und arbeitet die Grundschule als Schul-form klar heraus.

sprechen, es konnte nicht. Es wollte mit den Händen nach dem Vater langen; es konnte nicht. Es konnte nichts, als die Arme seiner Seele nach dem Vater ausstrecken. Aber des Vaters Seele sah die stehenden nicht. In ihren Händen hielt sie trampfhaft ihren Groll und hatte keine Hand frei für das Kind. Er hörte das Nücheln, aber er wußte, das Kind ist abgerichtet von seinen Feinden. Es hat kein kindlich Herz gegen ihn; und wär's wirklich krank, so wäre es abschließend krank geworden, um ihn betrogen zu helfen. Und stürb's so würde sein Sterben noch ein Kuppelndienst sein, den es seinen Feinden tat. Wäre sein Auge nicht selber so krank, daß es ihn außen nur immer das Eine zeigt, über dem seine Seele innen unablässig brüht, er müßte es am Gesichte der Mutter sehen, an dem Ton ihrer Stimme hören; sie verstellte sich nicht, das Kind ist wirklich krank und sehr krank. Aber ihre Weichheit, ihre Angst ist ihm nur die Angst ihres Gewissens, die Angst vor seiner Strafe, die sie verdient fühlt und doch entwaschen will. Valentin tritt von dem Tische weg und geht hinaus, um sich draußen anzuhängen. Der Mann steht auf und nähert sich leise der Frau, ohne daß sie ihn bemerkt. Er will sie überreden und das gelingt ihm. Sie erschrickt, wie sie plötzlich über dem Bette sah vor sich ein entstelltes Menschenantlitz. Sie erschrickt, und er preßt durch die Zähne: „Du erschrickst? Weist du warum?“ Sie hat ihm jeder Jagen wollen, daß Apollonius in der Stube gewesen ist, aber noch hat sie es nicht gefasst. Vor dem Bette des kranken Kindes durfte sie's nicht; weil sie weiß, er wird aufstehen. Den Abschied seiner Arbeit hat sie dem Kinde erspart, als es noch ge-sund war, wenn sie es vermag; jetzt konnte der Schreck dem kranken Kinde den Tod bringen. Sie antwortet ihm nicht, aber sie sieht ihn stehend an und zeigt mit einem Augenblicke auf das Kind. „Er war da! War er nicht da?“ fragte er; nicht um zu erfahren, wonach er fragt, sondern um zu zeigen, daß er's nicht erst zu erfahren braucht. Und seine Faust hebt sich geballt. Knechtchen kämpft, sich aufzurichten. Er sieht es nicht. Die Frau sieht es; ihre Angst wächst. Sie schlägt die Hände zusammen. Sie sieht ihn mit einem Blicke an, in dem alles steht, was ein Weib versprechen, was ein Weib drohen kann. Er sieht nur ihr Er-schrecken, daß er weiß, was geschah, und die Faust fällt nieder auf ihre Stirn. Ein Schrei klang. Das Kind vollte sich in Krämpfen zusammen. Die Mutter, über es hingestürzt, weint laut. Va-lentin kommt herangeeilt.

(Fortsetzung folgt.)

Herford u. Minden-Ravensberg.

Herzpredigt-Anschluss der Schriftleitung: Nr. 151.

26. April.

Die Krankenversicherungspflicht.

Nachdem am Freitag die Nationalversammlung sich für Aufhebung der Krankenversicherungsordnung, worin die Versicherungsbeiträge bis auf Einkommen von 20 000 Mark heraufgesetzt wurde, ausgesprochen hat, hat die Regierung alsbald dem Reichsrat eine neue Verordnung vorgelegt, worin die Gehaltsgrenze von 12 000 Mark wieder eingeführt und eine Begrenzung für den Grundlohn auf 24.— bis 30.— Mark festgesetzt wird. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verordnung ist auf den 3. 5. festgesetzt, während die neue Begrenzung des Grundlohnes vom 27. 4. ab Geltung haben soll. Der Reichsrat nahm die Regierungsvorlage an.

Unbeständiges Wetter. Der Sonntag war ein richtiger Apriltag. Auf die Pflanzenwelt wirkte der Regen äußerst erfrischend ein; in Feld und Flur steht alles in üppiger Blüte. Die geringen Reisspuren, die man nach den letzten Nächten bemerkt, haben auch dem Saatstand nicht geschadet; Frostgefahr scheint nicht zu bestehen. Auf den Weiden sieht man vielfach schon das Vieh grasen. Es findet reichlich Nahrung, da das Gras allerorten üppig in die Höhe geschossen ist; eine Futtermittelnot ist für dies Jahr wohl nicht zu befürchten und der Landmann sieht weniger Sorgen in die Zukunft. Die Nachrichten über die Frühjahrseinstellungen lauten im allgemeinen sehr günstig. Die Wetterlage ist noch unbeständig; nach der Hoff. Ztg. ist noch auf weitere Regenfälle zu rechnen.

Allgemeine Verlängerung der Polizeistunde. Laut Bekanntmachung des Regierungspräsidenten (H. v. d. Bergen) wird die Polizeistunde für die Zeit vom 15. Mai bis zum 19. September 1920 allgemein für den ganzen Regierungsbezirk bis um 11 Uhr abends verlängert.

Die neue Mietssteuer. Der Entwurf über die Erhebung einer Abgabe zum Aufwandsausgleich ist der Nationalversammlung vorgegangen. Der Entwurf erhebt für die Dauer eines Jahres 10 v. H. des Aufwandswertes der Wohnungen als außerordentliche Mietssteuer, um das Reich und die Länder finanziell bei der Erhebung neuer Steuern zu entlasten. Es besteht kein Zweifel, daß die Nationalversammlung die Vorlage annimmt.

Die Empfänger von Militär-Verorgungsgebühren. R. und H. erhalten vom 1. Mai ab eine Teuerungsbefreiung. Die Empfänger 30 Prozent, die H-Empfänger (Hinterbliebene von Militärs-Personen bis zum Feldzuge aufwärts) 40 Prozent der ihnen am 1. Mai zustehenden laufenden Versorgungsgebühren. Den Empfängern wird der Betrag der nächsten Zahlung vom Postamt rechtzeitig mitgeteilt werden.

H. Vorsicht bei Verwendung von Katalogen an Ausländer. Aus der Handelskammer zu Bielefeld wird uns folgendes geschrieben: Deutsche Firmen erhalten neuerdings häufiger aus den besetzten Gebieten von dort befindlichen amtlichen oder halbamtlichen Stellen der Alliierten Aufträge, in denen um die Zusendung von Katalogen ersucht wird. Es wird den beteiligten Firmen dringend empfohlen, bevor sie derartigen Ersuchen nachkommen, zunächst Rücksprache bei der Handelskammer zu halten.

Reisen nach Frankfurt a. M. Im Amtsblatt der Eisenbahndirektion zu Hannover wird darauf aufmerksam gemacht, daß Reisende nach und über Frankfurt a. M. hinaus den üblichen deutschen Reisepaß haben und ihn von der französischen Poststelle in Frankfurt a. M., Ramus-straße 9, mit dem Sicherheitsvermerk versehen lassen müssen.

Natürliche Heilmittel. Die kostenlos in der reichen Natur um uns her wachsen, gibt es — man darf ganz ruhig sagen — unendlich viele. Leider hat die große Masse unseres Volkes keine Kenntnis mehr von diesen Dingen. Harter Kneipp, der bekannte Wasser- und Kräuterheilkundler, war einer der ersten, der die Heilkräfte unserer wildwachsenden Arzneipflanzen und vieles, was wir in den letzten fünfzig Jahren sogenannter moderner Entwicklung verloren hatten, wieder zu Ehren brachte. Der Krieg, der die Zufuhr vieler ausländischer Arzneidrogen unterbrach, hat uns auch viele unserer heimischen Heilpflanzen wieder schätzen gelehrt, und es werden heute für diese vielfach Preise gezahlt, die Preissteigerungen von anderen Lebens- und Genussmitteln weit in den Schatten stellen. So ist denn das eigentlich lange aus der Mode gekommene Geschäft des Kräuteramms heute wieder zu einem recht einträglichen geworden, und mancher Kriegswitwe, manchem Kriegsverletzten könnte das Einkommen von Tee- und Heilkräutern, von Beerenfrüchten und Pilzen, das Trocken der eigenen freien, unabhängigen, regelmäßigen Verdienst gebende Beschäftigung geben. Wer für einen solchen Versuch in Gottes freier Natur Geduld und Interesse hat und sich ihm widmen möchte, der wer für eigenen Gebrauch sich über unsere Heil- und Teekräuter und sonstigen Nutzpflanzen unterrichten möchte, der erhält von der Geschäftsstelle der Pilz- und Kräuterzentrale in Heilbronn a. M., einer gemeinnützigen Gesellschaft zur Förderung der Pilz- und Kräuterkunde und der vermehrten Verwendung heimischer Heil- und Nutzpflanzen, gern Auskunft über diese Dinge.

Ankündende Krankheiten. Die Zahl der ansteckenden Krankheitsfälle im Regierungsbezirk Minden blieb auch in der Woche vom 11.—17. April niedrig; es wurden nur 41 Fälle gemeldet, die in 30 Orten vorkamen: 6 Erkrankungen und 1 Todesfall an Diphtherie, je eine Erkrankung an Rindpestfieber und Fischvergiftung, 19 Todesfälle an Tuberkulose, 10 Erkrankungen an Scharlach, 3 Erkrankungen Unterleibstypus. Auf den Stadtkreis Herford entfielen 2 Todesfälle an Tuberkulose; auf den Landkreis Herford je eine Erkrankung an Diphtherie in Melbergen und Rhjne. (Die Stadt Minden blieb frei).

Freiwilligkeit der Schützengesellschaft. Neben anderen Wetterregeln kennen wir hier in Herford eine, die mit aller Bestimmtheit behauptet, daß es stets regne, wenn in Herford Schützengesellschaft ist. Das ist übertrieben, doch hat Erfahrung gelehrt, daß wir oft recht feuchte Schützengesellschaft erleben. So war's denn auch gestern regnerisch, und man sieht einen der vielen Hunderte, die nach dem Schützenberge wanderten, netzte der launische April mit seinen plötzlichen Schauern. Gewöhnlich wirkt ungünstige Witterung abschreckend auf die Festesfreude, zumal bei einem Schützengesellschaft, doch stürzte sich gestern keiner sonderlich daran. In den Reihen des neu errichteten, sehr geschmackvoll hergerichteten Schützenhofes wogte eine vielköpfige Menge bunt durcheinander, es war doch, die Stätte, mit der sich so viele schöne Erinnerungen an frühere Veranstaltungen aus der Friedenszeit verknüpfen, von denen ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt, nachdem auch die sechs Jahre fast hindurch dem Vaterland ihre Dienste geweiht hatte. Um 3½ Uhr nachmittags begann im großen Saale, der

ebenfalls wie der kleine durch umfangreiche Aufwendungen ein sehr freundliches Aussehen bekommen hat, das Konzert der städtischen Kapelle. Auf erhöhtem Sitz an der Seite des Saales hatte das Orchester Platz genommen, in der Mitte auf Thronesseln der König. Herr Sagemeier, mit Gemahlin im vollen Ornat. In Uniform war außer den Offizieren auch das gesamte Unteroffizierskorps angetreten, das bereits morgens das Fest durch einen feucht-fröhlichen Frühglocken im Hotel Stadt Berlin eingeleitet hatte. Schnell vergingen die Stunden des Konzertes; in ernste politische oder wirtschaftliche Gespräche vertieft saßen die Gäste beim Bier, über Hausfrauenfragen unterhielten sich die Mütter, Jungfrauen und Jünglinge warteten ungeduldig auf den Tanz. Und die Kleinsten konnten sich in den großen Räumen und im Garten bei fröhlichem Spiel ergötzen. Gegen 6 Uhr war das Konzert zu Ende. Um acht Uhr war alles, was tanzen wollte, wieder vertreten und mit einer Polonaise begann der Ball. Bald tanzte Jung und Alt im großen und im kleinen Saale, überall herrschte harmloser Frohsinn und Lust. Die Tanzordner hatten Not, Ordnung zu halten, denn die Musik war gar zu lockend. Bei frohster Stimmung aller wird die Erinnerung an die erste Veranstaltung der Schützengesellschaft nach dem Kriege bei den Teilnehmern in bester Erinnerung fortleben. Als mit Eintritt der Polizeistunde der strenge Hüter des Geleises Fieberabend gebot, da war es vielen viel zu früh. Schließlich tröstete man sich mit dem Gedanken, daß dieses ja die erste Festlichkeit der Schützengesellschaft nach dem Kriege sei und daß bald wieder Gelegenheit geboten würde, einige Stunden froher Lust zu erleben.

Heute abend 8 Uhr: Demo Herforder Hof.

Musikverein. Zur heutigen Probe im großen Schützenaal (7½ Uhr) werden sämtliche Mitwirkenden gebeten, da die Platzfrage geregelt werden muß. Wir bitten um zahlreiche Zuhörer, da in halbgefüllten oder leeren Saal die Probe zwecklos ist.

g. Der Beamtenauschuss von Herford und Umgegend hörte in seiner letzten Sitzung zunächst den Geschäftsbericht seines Vorsitzenden, Herrn Oberleutnantenretters Werner, wählte sodann eine Kommission zur Feststellung der Verhältnisse und bestimmte das Rathauskaffee im Rathauskeller als Vereinslokal. Von der beauftragten Preissteigerung des Vereins in das Vereinsregister wurde vorläufig Abstand genommen. Angeregt wurde, im Laufe des Sommers ein größeres Gartenfest auf dem Schützenberge zu veranstalten. Die Anregung wurde zum Beschluß erhoben und ein Festauschuss mit den Vorarbeiten beauftragt. Gestagt wurde über die unerträgliche Preissteigerung der Margarine. Die Frage, wo die Naturbutter bleibt, soll vom Lebensmittelamt beantwortet werden. Die übrigen Anfragen betr. Gaststunden sind durch die Beschlässe der letzten Stadtverordnetenversammlung erledigt.

g. Eine Gewerbe- und Nahrungsmittelausstellung verbunden mit Gastwirtschaft soll der Wirtschaftverein e. V. unter Mitwirkung von Fachgruppen des Arbeitgeberverbandes für Handel und Industrie veranstalten. Unter dem Vorsteher des Herrn Schürmeyer, Vorsitzender vom Wirtschaftverein, fand am letzten Freitag im Bürgerverein eine vorbereitende Versammlung statt, an der sich Firmeninhaber der meisten Branchen beteiligten. Die Ausstellung soll auf die Industrie und Gewerbe Herfords beschränkt bleiben, um ein Bild von der Leistungsfähigkeit und Vielseitigkeit des heimischen Wirtschaftslebens zu bieten. Die Ausstellung soll nach den Wünschen und der Vision vielleicht in der Zeit vom 26. Juni bis 1. Juli in den Anlagen des Schützenhofes stattfinden. Trotz mancher Bedenken nahm die Versammlung den Plan auf. Die Veranstaltung soll keineswegs den Charakter einer Kochkunstausstellung bieten, es können vielmehr alle Branchen von Gewerbe und Industrie zur Schau stellen. Ein Garantiefonds von rund 30 000 Mark ist schon gezeichnet. Das Projekt der Ausstellung hat der Magistrat übernommen. Hervorgehoben wurde, daß andere Städte mit gleichen oder ähnlichen Ausstellungen gute Erfahrungen gemacht und reiche Erfolge erzielt haben.

Mietseinsparungsamt. Das Mietseinsparungsamt Herford-Stadt schreibt uns: In der Sitzung am 20. d. M. sind sieben Streitigkeiten verhandelt worden, in denen in einem Falle die Zustimmung zur Kündigung erteilt, in drei Fällen die Zustimmung zur Kündigung nicht erteilt und in zwei Fällen die Verhandlung verlagert worden ist. In einem Falle hat sich das Mietseinsparungsamt für nicht zuständig erklärt.

er. Williges Nähhägen. Der mehrfach vorbestrafte und zurzeit in Strafkast befindliche Handelsmann Carl Menke von Herford war vor der Strafkammer Bielefeld beschuldigt, von den Langfingern, die in der Nacht zum 16. Jan. d. J. der Firma Wismann hier 300 Rollen Nähgarn gestohlen hatten, etwa 150 Rollen für billiges Geld angekauft und im Landhandel an den Mann gebracht zu haben. Natürlich will er von dem unredlichen Erwerb des gestohlenen Garns keine Kenntnis gehabt haben. Der Gerichtshof hielt ihn jedoch der Heftigkeit für überführt und verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis.

er. Ein ganz niederrichtiger Streich. Einen niederrichtigen Streich haben sich im Sommer v. J. die auf der Anlagebank der Strafkammer Bielefeld erschienenen Händler Carl Hopp und Wilhelm Keller von hier zu Schulden kommen lassen, indem sie zwei aus Minden kommenden Kindern, die in Herford den Zug verpaßt hatten, ihre wenigen Hantelwaren, bestehend in 6 Pfunden Butter und einer Anzahl Eier, stahlen. Die beiden „Menschenfreunde“ hatten die Kinder mitgenommen, um ihnen Obdach zu gewahren und ihnen dann die so teuer erworbene wertvolle Habe einfach gestohlen. Der Gerichtshof erkannte gegen den vorbestraften Hopp auf 4 Monate und gegen den unbestraften Keller auf 6 Wochen Gefängnis.

Bielefeld, 24. April. Die 5. Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands tagte in Bethel am 17. und 18. April unter starker Beteiligung. Der Verband steht auf christlich-nationaler Grundlage. Es ist ihm trotz aller Schwierigkeiten gelungen, seinen Bestand auf 91 Vereine mit rund 9000 Mitgliedern zu erhöhen. Der Verband ist parteipolitisch neutral. Auf der Tagesordnung stand u. a. der Vortrag der Generalsekretärin Frau. Pappenheim-Barmen über die Stellung des Verbandes zur Gewerkschaftsbewegung. Die anschließende sehr lebhaft besprochene führte erneut zu dem Ergebnis, daß ein Handbündelarbeiten der christlichen Gewerkschaften mit dem Gv. Arbeiterinnenvereinen als unbedingt notwendig anerkannt wurde. Der Abend brachte einen Vortrag, der das besondere Arbeitsgebiet der Arbeiterinnenbewegung, die Gefinnungspflege, berührte. P. Burdhardt-Bindenlof sprach über das Wesen der christlichen Volkshochschule. Aus der nationalen, sozialen und sittlichen Not heraus geboren, verfolgt sie das Ziel, diese Not durch Heranbildung von Persönlichkeiten zu überwinden. Am zweiten Tage beantwortete Frau. Rühl-Dresden in längerem Vortrag die Frage: „Was fordern Gegenwart und

Zukunft von unserer Arbeit?“ und verstand es, durch ihre hohe Auffassung von der Aufgabe, vor die die gegenwärtige Not Deutschlands auch die Arbeiterin stellt, die Mitglieder zu tatkräftigem Vorwärts- und Aufwärtstreben und zu neuer vertiefter Arbeit anzuregen. Den stärksten Eindruck bei der ganzen Tagung hinterließ ohne Frage die lebhaft geistige Mitarbeit der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen bei der Besprechung der Vorträge. Man spürte stark die Schulungsarbeit durch die Vereine, sowie den ernst, zielbewußten Willen, der die Bewegung leitet. Das verleiht eine weitere glückliche Entwicklung der Gv. Arbeiterinnenvereine. Ein wohlgelungener Festabend, veranstaltet von den Vereinen der Umgegend, bildete den Abschluß. Der Tagung schließt sich ein dreitägiger Lehrgang zur Fortbildung in der Vereinsarbeit an. Der Verband führt von jetzt ab den Namen: „Gesamtverband evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands“.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt

Wth. Essen, 23. April. Die Firma Krupp hat, um für ihre ausgedehnten Werksstätten Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, den Baggerbau aufgenommen. Sie hat sich zu diesem Zweck mit der Maschinenfabrik Bock und verständig und wird Bagger nach den Konstruktionen und Schutzrechten der Maschinenfabrik Bock bauen.

Wth. Kiel, 23. April. Gold- und Silberbarren im Werte von 3 Millionen Mark, die von 2 Herren und einer Dame von Berlin nach Kiel geschickt wurden und in einem Motorboot zur Verschickung nach Danemark verladen waren, wurden hier von Berliner Kriminalbeamten beschlagnahmt. Alle drei Personen wurden verhaftet. Die Berliner Beamten verfolgten die Schieber schon von Berlin aus.

Hindenburg „im Ruhestand“.

Aus Löhren wird gemeldet: Auf eine Bitte der literarischen Gesellschaft Masovia, den Ehrenvorsitz zu übernehmen, antwortete Generalfeldmarschall Hindenburg unter anderem, daß er in Erinnerung an die engen Beziehungen zu Löhren und Masovia gern bereit sei, den Ehrenvorsitz der Gesellschaft zu übernehmen. Wörtlich heißt es dann aber weiter: „Da aber meine Zeit, meine Kräfte und meine Mittel von allen Seiten aufs äußerste beansprucht werden, so bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, mit diesem Ehrenamt noch irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen. Ich muß dies offen aussprechen, um keine Enttäuschungen hervorzurufen.“

Gefälschte Einfuhrscheine.

Das Reich um mehrere 100 Millionen geschädigt.

Hundert Millionen an Schäden sind dem Reich in den letzten Monaten durch Benutzung gefälschter Einfuhrbewilligungen zugefügt worden. Dem Landespolizeiamt beim Preussischen Staatskommissar für Volksernährung ist es jetzt gelungen, mehrere Bände zu ermitteln und zu verhaften. Eine Sache befindet sich in Düsseldorf in gerichtlicher Voruntersuchung. Es sind darin verwidelt der Detektiv Carling, der Kaufmann Trost aus Düsseldorf, der jugendliche Kaufmann Grünauer aus Berlin, der Kaufmann Louis Leblin aus Charlottenburg u. a. Die Einfuhrbewilligungen waren an dem plumpen Stempel der Reichseinfuhrkommission und an einem daneben mit Bleistift geschriebenen „Mr.“, das wohl die Namensabkürzung für den Geheimen Regierungsrat Meißner, früheren Reichseinfuhrkommissar, bedeuten sollte, leicht erkennbar. Die geschädigten Kaufleute haben Provisionen an die Schieber gezahlt, die sich in manchen Fällen auf mehr als 100 000 Mark beliefen.

Eine andere Fälschergruppe fand ihren Mittelpunkt in der Handelsgesellschaft „Mercur“ in Mainz, die zu Frankfurter Handelskreisen Beziehungen unterhielt. Agenten des „Mercur“ trieben ihr Unwesen auch in Sachsen. Auf Veranlassung des Landespolizeiamtes wurden die Haupttäter Bergmann und Deder in Mainz festgenommen. Ein drittes Fälscherkontingent trieb von Flensburg aus sein Unwesen, wo der Professor der „Internationalen Handelsgesellschaft“ Willi Vater und ein gewisser Jensen skandinavische Kaufleute mit gefälschten Scheinen versorgten. Vater soll sich jetzt unter dem Namen Biffi verborgen halten. Er unterhielt Beziehungen mit der bereits in Haft befindlichen Fälscherbande Hohenstein, Böse und Genossen.

Eine weitere Bande betrieb die Fälschung von Ausfuhrbewilligungen als Spezialität. Das Kellerehepaar Teske hatte mit dem geisteskranken Georg Stiller von Berlin Ausfuhrbewilligungen für Dampfer, Werkzeuge und Flugzeugmotoren nach Schweden und Norwegen in beteiligten Kreisen gegen hohe Provision vertrieben. Die Schwindler führten mit ihrem Anhang ein Prallleben in Berliner Nachtlokalen. Zehen bis 30 000 Mark in einer Nacht waren keine Seltenheit. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen und ziehen weitere Kreise. Es sind nicht nur die Fälscher in Haft genommen worden, sondern zeitweise auch ihre Opfer, weil diese ursprünglich selbst für die Fälscher gehalten wurden. Neben dieser mehr oder weniger langen Unteruchungszeit haben die Teilnehmer der Urkunden dadurch große Vermögensschäden erlitten, daß ihnen die auf Grund der gefälschten Einfuhrbewilligung eingeführten Waren ohne Entschädigung beschlagnahmt wurden.

Gut gegeben.

Die „neuen Reichen“ haben auch früher schon ihre Kunstbegeisterung in recht lakonischer Weise geäußert und manch wertvolle Absuhr erfahren. Ein Beispiel dafür ist die Geschichte von dem berühmten Violinvirtuosen Ernst, der einst von einem reichen „Musikfreund“ zu Tisch geladen war. Als ihn bei seinem Erscheinen der Herr des Hauses sogleich mit deutlicher Unschicklichkeit fragte, ob er auch seine Violine mitgebracht habe, entgegnete der Künstler lakonisch: „Meine Violine ist nicht!“

Seiterkeit im dänischen Reichstag.

Aus Kopenhagen schreibt man: Der Staatsstreik des dänischen Königs ist vorüber. Bekanntlich hat der König das demokratische Ministerium Zählge entlassen, ein konservatives Ministerium Zählge gebildet, dieses aber nach wenigen Tagen infolge der Revolutionstendenz wieder entlassen müssen. Man kann sich denken, mit welcher ungebändigten Seiterkeit die ja für niemanden neue, im Amtstos aber zweckföhrerföhrernde wirkende Verfindigung des „Sprecher“ im dänischen Reichstag nach dessen Wiederzusammentritt aufgenommen wurde, die trocken und sachlich lautete: „Seine Majestät hat geruht, das Ministerium Zählge zu verabschieden. Es hat weiter Er. Majestät dem König gefallen, das Ministerium Zählge zu ernennen. Es hat ferner Er. Majestät dem König gefallen, das Ministerium Zählge zu verabschieden. Es hat ferner Er. Majestät dem König gefallen, das Ministerium Zählge zu ernennen.“ — Der amtliche Bericht bezeichnete an dieser Stelle „Seiterkeit im ganzen Hause.“

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inzeratenteil verantwortlich: G. Pese, beide in Herford.

